

Quo vadis Deutschförderklassen/-kurse?

Am 1. März 2023 findet eine von der Arbeiterkammer Wien organisierte Diskussionsveranstaltung statt, die sich mit Studienergebnissen zur Deutschförderung befasst und Maßnahmen für die Zukunft aufzeigen möchte.

Nach den Begrüßungsworten der Bereichsleiterin Bildung in der AK **Ilkim Erdost**, geben **Dr. Oliver Gruber** von der AK und **Dr. Beatrice Müller** von der PH Wien/Krems einen Überblick über die seit 2018 verfassten Studien und die drei vorangegangenen Veranstaltungen zum Thema.

Folgende Probleme wurden aufgezeigt:

Schwierigkeiten bei der Organisation der Deutschförderklassen, ungünstige Auswirkungen auf das soziale Schulleben, fehlender Fachunterricht und dadurch die Sorge vor einem Schuljahresverlust, Gefahr der Diskriminierung durch Segregation, großes Informationsdefizit bei manchen Familien, Belastung aller durch die MIKA D Testungen.

Als Wünsche wurden formuliert:

Mehr Unterstützungspersonal durch Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen, eine stärkere Verschränkung des Unterrichts der DF-Klassen und der Regelklassen, eine Reduktion der Schüler:innenzahl in den DF-Klassen, mehr Schulautonomie und Berücksichtigung schon vorhandener Expertise, mehr Unterstützung der Lehrpersonen durch spezielle Materialien.

Die AK entwickelte eigene Vorschläge¹ zur Deutschförderung vom Kindergarten über die Volksschule bis zu den Sekundarstufen, für Kinder die hier aufgewachsen sind und für Quereinsteiger. Sprachliche Bildung müsse als langfristige Perspektive angesehen und Mehrsprachigkeit als Realität anerkannt werden. Der gesicherte Spracherwerb brauche fünf bis sieben Jahre. Die Zusammenarbeit aller Beteiligten sei wesentlich ebenso wie die Verbindung von sprachlichem und fachlichem Lernen. Die Übergänge sollten schülerorientiert gestaltet werden.

Univ. Prof. DDr. Christiane Spiel stellt ihre im Auftrag des Ministeriums erstellte Studie „Evaluation der Implementierung der Deutschfördermodelle“ vor.²

Ausgangslage: Schüler:innen besuchen Deutschförderklassen bei „unzureichenden“ und Deutschfördergruppen bei „mangelnden“ Deutschkenntnissen. Es müssen mindestens acht Kinder teilnehmen, sonst erfolgt die Förderung integrativ.

Ziel der Studie war es Implementierungsfaktoren zu finden, die die Verweildauer im Status außerordentliche Schüler:innen beeinflusst haben könnten. Bei der Implementation ging es um die flächendeckende Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Schulsystem. Um relevant zu sein, müsse sie flächendeckend gelingen und nicht nur in einigen speziellen Schulen.

Die Implementation sei auch von den Zielgruppen aus zu betrachten.

Als wichtige Punkte hebt **Spiel** die differenzierte Information, die Planung und Durchführung der Prozessschritte, die Berücksichtigung sowohl der Rahmenbedingungen als auch der Einstellung der Personen, die Maßnahmen umsetzen sollen, hervor.

In der Studie wurden zwei Gruppen verglichen: Schulen in denen die Schüler:innen länger (1) und solche in denen sie kürzer (2) im ao Status verblieben. Die Rahmenbedingungen waren in allen Schulen gleich. Beteiligt waren 93 Volksschulen mit 693 Personen. Durchgeführt wurden Online Befragungen von Schulleiter:innen, Lehrpersonen mit und ohne Ausbildung für Deutschförderung mit geschlossenen und offenen Fragen.

Es gab fast keine Unterschiede zwischen den Gruppen 1 und 2 und bei den befragten Personen. Die

¹ vorgestellt am 11. 10. 2019, https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/bildung/AK-IN-FO_Sprachschluessel_final.pdf

² <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/ba/sprabi/dfk.html>

Zustimmung zur Art der Deutschförderung war nicht sehr hoch, bei Gruppe zwei eher höher. Deutschförderklassen wurden negativer gesehen als Deutschförderkurse und letztere negativer als die integrative Förderung. Alle sprachen sich für eine längere Verweildauer in der Deutschförderung aus.

Bei der organisatorischen Umsetzung kam es zu Problemen, weil es nicht immer möglich war Lehrpersonen mit Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache einzusetzen. Die Lehrer:innen fühlten sich aber nicht überfordert, sie hatten großes Zutrauen, dass ihnen eine erfolgreiche Sprachvermittlung gelingen kann. Die meisten meldeten sich freiwillig. Probleme gab es dann, wenn sie erst kurzfristig von ihrem Einsatz erfuhren.

Zu den MIKA D Tests gab es eine gemischte Zustimmung. Die Antworten, wie mit den Ergebnissen umgegangen werde, waren sehr gemischt und reichten von ja, werden genutzt bis werden gar nicht beachtet.

Sprachbezogene Ziele wurden zwischen 80% (ich traue mich deutsch zu sprechen) bis 45% (ich setze meine Kenntnisse im Unterricht ein) erreicht, flankierende Ziele zwischen 71% (Erwerb sozialer Kompetenzen) und 56% (Erwerb von Mehrsprachigkeitskompetenz).

98% der Direktor:innen und 90,6% der Lehrpersonen sahen einen Optimierungsbedarf bei der Deutschförderung. Dies bezieht sich auf die Einrichtung kleinerer Gruppen, auf eine intensivere Elternarbeit, mehr Mitsprache als Schulleiter:in und eine bessere Ausbildung der DaZ Lehrpersonen.

Als Empfehlungen wurden formuliert:

- Weiterentwicklung der MIKA D Tests mit mehr Fokus auf die Teilhabe am Fachunterricht
- Flexibilität bei der Entscheidung über die Art der Förderung aufgrund der Rahmenbedingungen
- Stärkere Integration der ao. Schüler:innen, flexiblere Gestaltung des Wechsels in den o Status durch Einbeziehung der Meinung der Lehrpersonen
- Deutschförderung nur von Personen mit DaZ Ausbildung
- Sensibilisierung aller Lehrpersonen für Mehrsprachigkeit: in wie weit sind schulische Leistungen auf Fach- oder Sprachkompetenz zurückzuführen. Da sollte in die Pädagog:innenausbildung aufgenommen werden.
- Einbeziehung aller Stakeholder Gruppen
- Begleitende Evaluation, systematische und längsschnittliche Monitorings und Verknüpfung mit Registerdaten.

An der **Podiumsdiskussion** nehmen neben **DDr. Spiel**, SekChefin **Mag. Doris Wagner** vom BMBWF, **Dr. Robert Klinglmair** vom Institut für Qualitätssicherung und **Univ. Prof. Dr. Hannes Schweiger** vom Institut für Germanistik der Universität Wien teil.

Dem Ministerium seien die Sprachen ein großes Anliegen, sagt **Wagner**. Durch die Ergebnisse der Studien spürt sie eine gewisse Erleichterung, dass man auf einem guten Weg sei. Sie lobt die Pädagog:innen, die Großartiges leisten und viel bewegen. Die gute Ausbildung sei sehr wichtig. Bei den BAfEPS wurde das Fach „Frühe sprachliche Bildung“ etabliert. Auch auf den sprachsensiblen Unterricht werde ein Hauptaugenmerk gerichtet. Es wurde Geld bereit gestellt, sodass die Schüler:innen jetzt auch nach der zweijährigen Förderung im ao. Status weiter gefördert werden können. Bei der Gruppengröße sollte man flexibel sein, es fehle aber das Personal. Mehr Augenmerk sollte der Kooperation mit den Eltern gewidmet werden und es müsse ein gutes Setting für den Nachmittag gefunden werden. Die individualisierte Förderung für jedes Kind sei anzustreben.

Klinglmair spricht das Dreieck Verwaltung - Forschung - Schulen vor Ort an. Die MIKA D Studie werde weiter entwickelt, es brauche aber gute Daten und das werde noch einige Zeit dauern. Sehr wichtig sei die gute Kommunikation.

Schweiger spricht sich für eine Mehrsprachigkeitsdidaktik für alle Lehramtsstudierenden aus. Der Zeitpunkt sei günstig, da neue Lehrpläne geschaffen werden. Man müsse die an den Schulen vorhandene Expertise stärker beachten und auf Schüler:innen und Eltern hören. Der MIKA D Test erzeuge große Angst und bedeute Stress. Arbeiten in multiprofessionellen Teams sollte eine Selbstverständlichkeit werden.

Spiel appelliert an das Ministerium Autonomie und Flexibilität ernst zu nehmen. MIKA D sei Realität aber nicht unbedingt Validität. Die Ziele der Deutschförderung sollten in einem Leitfaden klar definiert werden. Die Arbeitsbedingungen der Elementarpädagog:innen und der Lehrer:innen sollten verbessert werden. Mehrsprachigkeit und Heterogenität seien Tatsachen. Man brauche Menschen, die Unterschiedliches können.

Klinglmair erläutert, dass mit MIKA D festgestellt werden soll, ob Schüler:innen dem Unterricht folgen beziehungsweise an ihm teilnehmen können. Der überarbeitete Test werde aber erst im Schuljahr 2026/27 eingesetzt werden können.

Wagner unterstreicht die sprachliche Bildung in allen Fächern. Die Deutschförderklasse sollte etwas Besonderes sein. Das Ministerium setze auf eine intensivere Kommunikation und das Einholen vieler Rückmeldungen.

Schweiger meint, dass sich die Kinder in den Deutschförderklassen ausgegrenzt fühlten und wiederholt die Angst vor MIKA D. Man sollte auch andere diagnostische Mittel verwenden (z.B. USB DAZ) und ein Limit für die Gruppengröße einführen. Bei der Stundenanzahl der Deutschförderung sollte man flexibel sein.

Wagner erläutert, dass USB DaZ geeignet sei Fördermaßen für den Unterricht zu bestimmen, MIKA D aber ein Zuweisungsinstrument sei. Bei der Gruppengröße setzt sie auf die Autonomie.

Spiel betont die gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium bei der Erstellung der Studie. Sie schlägt Belohnungen für DaZ Lehrer:innen vor. In den DF Klassen sollten die Schulbücher der Regelklassen verwendet werden. Sie appelliert alle Zielgruppen einzubinden.

Die Bildungssprecherin der Grünen **Dr. Sibylle Hamann** sieht die neu zur Verfügung gestellten Zusatzressourcen sehr positiv, ebenso die Flexibilisierung beim Umstieg in die Regelklassen. Sie möchte die Worte „unzureichend“ und „mangelhaft“ durch andere ersetzt haben. Es gebe eine große Bandbreite beim Umgang der Schulen mit der Deutschförderung. Das reiche von wertschätzend bis ausgrenzend. In Leitfäden könne man viel hineininterpretieren. Muss die Schulverwaltung alles wissen, was Schulen individuell tun? Sprache lerne man durch Beziehung, diese müsste man aufbauen.

Einige Meinungen und Fragen aus dem Publikum:

Deutschförderklassen seien Ghettoklassen, Kinder sprechen dort untereinander hauptsächlich ihre Herkunftssprache.

Warum bleibt der MIKA D Test als punktueller Test? Warum gibt es nicht mehr Autonomie für die ao Schüler:innen? Warum bleiben die Deutschförderklassen überhaupt?

MIKA D stellt den individuellen Sprachstand fest. Aber wie viel Deutsch muss man können um am Unterricht teilnehmen zu können? Warum muss in einer mehrsprachigen Gesellschaft Deutsch die alleinige Unterrichtssprache sein? Latein als Unterrichtssprache wurde auch abgelöst.

Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen können nicht in eine Mittelschule übertreten.

Familien werden beschämt, den Kindern drohe ein Bildungsverlust. Es sitzen 16 Jährige in der 2. Klasse Mittelschule. Wie kann eine Diskriminierung verhindert werden?

Man sollte den Lehrer:innen mehr Vertrauen entgegen bringen und sie entscheiden lassen, ob die Schüler:innen aufsteigen können oder nicht.

Wagner verweist auf die zusätzlichen finanziellen Mittel, die auch bei den ao. Schüler:innen eingesetzt werden können. Die Kommunikation müsse verbessert und die fundierte Förderung in den Vordergrund gestellt werden. Deutsch sei als Kommunikationssprache wichtig, die Mehrsprachig-

keit sei als ein Asset zu sehen. Deutschförderklassen machen gemeinsame Aktivitäten mit den Stammklassen. Ein automatisches Aufsteigen sei kontraproduktiv, da es die Bildungslücke verstärke

Eine **Lehrerin** berichtet, dass ihre Deutschförderklasse vier Jahrgänge der MS umfasst, es sitzen dort 17 Schüler:innen die 11 Sprachen sprechen. Auch 16 Jährige sind dabei. Sie versuchen an der Schule geschickt mit den Herausforderungen umzugehen, ob alles legal ist, wisse sie nicht.

Spiel meint, dass das Ministerium genau da darauf schauen müsste. Wenn die Schulen alle ihre eigenen Modelle entwickeln, könne man nie valide Aussagen machen ob etwas funktioniere. Dem gegenüber meint **Schweiger**, dass die Schulen es so machen sollten wie es für sie am besten ist. Man sollte bilinguale Schulmodelle fördern und ein auf Mehrsprachigkeit ausgerichtetes Schulsystem fördern.

Für **Klinglmair** ist Kreativität wichtig, aber man sollte sich in einem gewissen Rahmen bewegen.

Für **Wagner** wird schon viel umgesetzt was sich aufgrund der Evaluierungen ergeben hat.

Erdost merkt zum Abschluss an, dass die Frage, warum es die Deutschförderklassen überhaupt noch gebe, nicht beantwortet wurde. Viele der 13 000 jungen Menschen die in diesen Klassen waren, müssten später am Arbeitsmarkt „aufgefangen“ werden.